

## Infoveranstaltung zum Rahmenvertrag mit der VG WORT – 10.11.2016

- **Grundlage: §52a UrhG (4)**
  - Der §52a der Urheberrechtsgesetzes erlaubt die digitale Verbreitung von urheberrechtlich geschütztem Material in beschränktem Umfang (max. 12% eines Werkes bzw. 100 Seiten)
  - Weitere Beschränkung: Nur für einen begrenzten Kreis von Personen an Schulen/Hochschulen zu Unterrichtszwecken oder Forschung (→ Passwortschutz)
  - Nur Verwertungsgesellschaften (wie z.B. VG WORT) können einen Anspruch auf Vergütung geltend machen
- **Was ist die VG WORT?**
  - Gegründet im Jahr 1958 als Zusammenschluss von Autoren und Verlagen
  - Rolle eines Treuhandfonds, hat Rahmenverträge mit verschiedenen Organisationen
    - Bspw. Google, Kopiererfirmen oder Universitäten
    - Jährliche Ausschüttung von Tantiemen ab der Überschreitung eines Fixbetrags
  - Urteil des BGH im Sommer 2016: Kein Urheberrecht bei den Verlagen, Ausschüttung nur an die Autoren
    - Dies bringt massive finanzielle Schwierigkeiten insbesondere für kleine Verlage mit sich
  - Dies alles führt zu großen internen Konflikten zwischen den verschiedenen Gruppen die in der VG WORT organisiert sind
- **Der neue Rahmenvertrag**
  - Urteil des BGH aus dem Jahr 2013: Einzelabrechnung von genutzten Werken ist den Universitäten zuzumuten. Einen Zwang dazu beinhaltet das Urteil aber nicht
  - Bisher: Vertrag zwischen Bund, Ländern und der VG WORT. Pauschalzahlungen an die VG WORT um Werke nach §52a UrhG zu nutzen
  - Der neue Vertrag (mit den gleichen Partner\*innen) ist bereits unterzeichnet und betrifft alle Hochschulen in staatlicher Trägerschaft
    - Laufzeit: 1.1.2017-31.12.2019
      - Automatische Verlängerung um ein Jahr bei nicht Aufkündigung, Kündigungsfrist: 6 Monate
  - Das Urteil aus dem Jahr 2013 wird erst jetzt umgesetzt, da die VG WORT bisher nicht die technischen Voraussetzungen für eine Einzelabrechnung zur Verfügung gestellt hat
    - Das es so kommen wird, war seit 2013 absehbar
  - Der Rahmenvertrag enthält eine Auskunftspflicht an die VG WORT
    - Pro Seite und Unterrichtsteilnehmer\*in werden 0,008€ fällig
      - Kurzes Beispiel: 25 Teilnehmer\*innen lesen pro Woche 20 Seiten über 12 Sitzungen im Semester
        - $0,008 \cdot 25 \cdot 20 \cdot 12 = 48\text{€}$  Kosten
        - Dies führt sehr schnell zu deutlich höheren Beträgen, als bisher pauschal gezahlt wurden
  - Pilotversuch an der Uni Osnabrück im WS 2014/15
    - Es wird über einen erheblich Mehraufwand berichtet und es wurde deutlich weniger Material zur Verfügung gestellt
    - VG WORT sagt dazu, dies liege vor allem an der fehlenden Routine
  - Was sind die Folgen dieses Rahmenvertrags?
    - Bisher: Pauschalzahlungen der Länder an die VG WORT
    - Jetzt: Es ist fraglich, wer die mit Sicherheit entstehenden Mehrkosten übernehmen wird, es ist davon auszugehen, dass dies an den Universitäten hängen bleibt

- Woher sollen die Hochschulen die Gelder für die Zahlungen an die VG WORT nehmen, die bisher von den Ländern getragen wurden?
- Aktuelle Situation: Diverse LRKs haben angekündigt, dem Vertrag nicht beizutreten, darunter auch Baden-Württemberg
  - Es wird grundsätzliche Kritik am (veralteten) Urheberrechtsgesetz geübt
    - Dieses wurde kürzlich in der Koalition im Bund diskutiert, die Gespräche dazu sind aber vorerst gescheitert
  - Welche Folgen hat das?
    - Werke, die von der VG WORT verwaltet werden, dürfen dann ab dem 1.1.17 nicht mehr online zur Verfügung gestellt werden
    - Mögliche Lösung: Einzelverhandlungen mit der VG WORT
      - erscheint unrealistisch, die Verhandlungsposition der Hochschulen wäre deutlich schlechter
    - Kostenverschiebung hin zu den Studierenden ist die wahrscheinlichste Folge
      - Kopiervorlagen in Copy Shops, Semesterapparate...
    - Verlust von Qualität & Freiheit in Studium und Lehre (Stellungnahme der LAK Berlin)
- **Und jetzt?**
  - Das Konzept der VG WORT ist nicht grundsätzlich abzulehnen, durch sie wird es Menschen ermöglicht vom Schreiben zu leben
  - Die Hochschulen reagieren aber zurecht abweisend
    - Die Hochschulen bauen ökonomischen Druck auf die VG WORT aus indem dem Vertrag nicht beigetreten wird um eine Nachbesserung des Vertrags zu erzwingen
    - Im Zweifel leiden die Studierenden unter dem Konflikt
  - Handlungsoptionen?
    - Informationspflicht gegenüber der Hochschule einfordern
    - Juristisch sind die Grenzen durch das BGH-Urteil aus dem Jahr 2013 abgesteckt, die Einzelabrechnung ist zumutbar und könnten von den Autor\*innen eingeklagt werden
      - Möglich: Entstehender Mehraufwand für die Hochschulen, welcher im Urteil angezweifelt wird, müsste nachgewiesen werden
    - Politiker\*innen anfragen, wie die Mehrkosten für die Hochschulen gegenfinanziert werden sollen
    - Hochschulintern informieren, was ab dem 1.1.17 auf uns zu kommt
      - Rektorat, Professorale Ebene, Mittelbau, Studierende
      - Pragmatisch überlegen, wie ein analoges Studium im Jahr 2016 ermöglicht werden könnte und entsprechende Vorkehrungen treffen
  - Kurzfristig wäre es für die Studierendenseite wohl besser, den Vertrag zu unterzeichnen, um sicherzustellen, dass weiterhin Texte zur Verfügung gestellt werden.
    - Langfristig wäre das äußerst problematisch, da die entstehenden Mehrkosten auf die Studierenden abgewälzt werden könnten (Studiengebühren / Verwaltungsbeitrag...)
  - „Burgfrieden“ mit dem Rektorat eingehen und den Konflikt durchstehen oder die Hochschulen dazu bringen, den Vertrag zu unterschreiben um kurzfristig die Qualität der Lehre zu sichern
    - Bei beiden Optionen überwiegen eher die Nachteile